

L1**Titel:**
For the Win

1. Unser Anspruch – Auf zur Veränderung

Die zweite Hälfte der Legislatur wird von den Vorbereitungen auf die Bundestagswahl im Herbst 2013 geprägt sein. Wir haben den Anspruch, den Jugendwahlkampf der SPD in Sachsen zur Bundestagswahl 2013 und zur Landtagswahl 2014 in die Hand zu nehmen. Als aktiver Teil der SPD wollen und müssen wir uns frühzeitig einbringen, um einen erfolgreichen Wahlkampf mit der gesamten Partei führen zu können und auch um unser großes Ziel zu erreichen: Den Politikwechsel!

Um dieses Ziel zu erreichen muss die SPD den Wählern und Wählerinnen mit einem fundierten Regierungsprogramm eine klare Alternative zu schwarz-gelb anbieten. Ein richtiger Schritt zu diesem Programm ist der ab Herbst 2012 geplante Bürgerdialog. Wir Jusos unterstützen diesen Bürgerdialog und werden uns aktiv daran beteiligen.

Wir Jusos wollen dabei explizit junge Wählerinnen und Wähler ansprechen und für die Ideale der Sozialdemokratie gewinnen. Dazu ist es wichtig, dass wir unsere Bemühungen darauf ausrichten, junge Menschen im Wahlkampf zu erreichen und das Bild einer verstaubten Partei zu widerlegen. Wir wollen ihnen zeigen, welche Vorteile die Mitgliedschaft in einem politischen Jugendverband hat, um so neue UnterstützerInnen für uns und unsere Ziele zu gewinnen. Dazu gehört auch, dass wir im Wahlkampf selbstverständlich immer Mitgliedsanträge für die Jusos und die SPD dabei haben werden und auch alle anderen Wahlkämpfer_innen anhalten, es uns gleich zu tun. Besonderes Augenmerk gilt hier auch den Erstwähler_innen sowie denen, die leider noch nicht wählen können. Wir sind ein Jugendverband und wollen auch die Stimmen derjenigen bündeln, die noch nicht selbst zur Urne schreiten können. Aus gleichstellungspolitischer Sicht sind uns besonders die potenziellen weiblichen Mitglieder wichtig. In der Partei- und Fraktionsspitze haben aktuell fast nur Männer das Sagen. Als feministischer Jugendverband wollen wir diesen Zustand aktiv verändern.

Wir machen unsere Partei fit für junge Menschen!

Nach der Bundestagswahl gibt es jedoch kaum Zeit für eine Verschnaufpause. Schon mit dem Ende der Wahl 2013 stehen wir vor der Aufgabe in nur einem Jahr neben der Europa- sowie der Kommunalwahl die Landtagswahl zu bestreiten. Daher müssen wir bereits an dieser Stelle, gut 2 Jahre vorher, die Landtagswahl im Blick behalten. Ohne ganz konkrete Inhalte oder Aktionen benennen zu wollen, werden wir bei allen Vorbereitungen, die wir für die Bundestagswahl treffen, schauen, welche Synergieeffekte sich für 2014 nutzen lassen. Das heißt Schulungen, Webauftritte u.ä. sollen so gestaltet werden, dass sie uns nächstes und übernächstes Jahr im Wahlkampf dienen, ohne das wir doppelte Arbeit haben. Das schont Ressourcen und v.a. den Aufwand im Ehrenamt, der für die meisten schon ohne Wahlkampfstress groß genug ist. Darüber hinaus ist es wichtig, dass wir uns genügend Freiräume lassen, um aus den Erfahrungen der Bundestagswahl lernen zu können und die gewonnenen Erkenntnisse in einen erfolgreichen Wahlkampf 2014 umsetzen. Denn auch hier gilt: Die schwarz-gelbe Regierung muss abgelöst werden!

Wir Jusos sind solidarisch mit unserer Partei, doch wollen auch wir Solidarität erfahren. In den letzten Wahlkämpfen waren wir jungen Genossinnen und Genossen DIE große Stütze des sozialdemokratischen Wahlkampfes. Doch wir sind keine Plakatklebetruppe, die man einfach bestellen kann. Wir wollen v.a. für unsere Inhalte streiten, auf dass diese mit dem Wahlerfolg der SPD umgesetzt werden können. Wir kämpfen zuerst für Inhalte im Wahlprogramm bevor wir überzeugt für die Kandidat_innen kämpfen werden, die diese Inhalte souverän vertreten können.

Als parteipolitischer Jugendverband treten wir Jusos dafür ein, dass linke, progressive Politik auch in Regierungsverantwortung gestaltet wird. Gemeinsam mit der SPD wollen wir die Aufbruchstimmung für ein neues gesellschaftliches Projekt in deutlicher Abgrenzung zur aktuellen liberal-konservativen Regierungspolitik schaffen. Das notwendige Vertrauen der Menschen in tatsächlich bestehende Alternativen werden wir nur gewinnen können, wenn wir auch deren machtpolitische Realisierungschancen aufzeigen. Als Jusos setzen wir uns deshalb in Bund und Land dafür ein, dass die SPD für Mehrheiten jenseits von CDU-Regierungsbeteiligungen wirbt und wir SozialdemokratInnen so als eigenständige, den gesellschaftlichen Wandel gestaltenden Kraft sichtbar werden.

2. Unser Mittel – Die Wahlkampfplattform

Ein probates Mittel zur Bewältigung der zuvor skizzierten Ziele ist eine Online-Wahlkampfplattform.

Diese verfolgt vor allem zwei Ziele: Einerseits wollen wir unsere Inhalte anspruchsvoll nach außen vermitteln und dabei klar die jüngeren Wählerinnen und Wähler ansprechen. Ausgangslage hierfür kann die bewehrte Kampagne „Gegen die dunkle Seite der Macht“ sein, die schon einmal erfolgreich im Wahlkampf umgesetzt wurde.

Andererseits wollen wir unserer Mitgliedschaft eine optimierte Möglichkeit zur Vernetzung bieten. Mittels der Wahlkampfplattform soll auf zentrale Wahlforderungen hingewiesen und für diese Argumentationsgrundlagen angeboten werden. Somit hat jede_r von uns die Möglichkeit auf Informationen zurück zu greifen und sich auf Nachfragen etc. vorzubereiten. Gut informierte Wahlkämpfer_innen sind das beste Mittel für einen erfolgreichen und inhaltsreichen Wahlkampf.

Darüber hinaus wollen wir den Versuch unternehmen Vernetzungen zwischen Wahlkampfteams, Kandidat_innen und roten Bussen herzustellen. Wir wollen über zentrale Aktionen und über wichtige Termine informieren. Ebenso kann über die Plattform der erneute Versuch unternommen werden, den Ideenaustausch zwischen allen Beteiligten zu verstärken und mit best-practice-Beispielen wichtige Vorschläge für die Aktionen vor Ort zu liefern.

3. Unsere Verbündeten – Angebote der SPD und Bundes-Jusos

Momentan ist noch offen, welche Art der Unterstützung es konkret geben wird.

Für uns ist klar, dass eine gute Organisation die halbe Miete ist. Deswegen werden wir uns engagiert auf allen Ebenen für eine sachgerechte Unterstützung unserer Wahlkampfambitionen stark machen.

Unser Ziel ist es aber auch einen eventuell nicht abgedeckten Mehrbedarf durch kreative Lösungen zu deckeln. Gerade hier kann die bereits erwähnte Online-Plattform eine wichtige Stütze zum Ideen- und/oder Materialtausch sein. Vor Ort wollen wir auch unsere guten Kontakte zu unseren Partner/innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen nutzen, um für einen Politikwechsel in Deutschland und in Sachsen zu werben.

4. Unsere Ideen – Die Kampagne

Während wir als Jusos Sachsen versuchen werden im Landtagswahlkampf mit mindestens einem starken Thema aufzutreten, wird die Bundestagswahl zum Großteil in Berlin koordiniert. Die Bundes-Jusos werden wahrscheinlich wieder den Auftrag bekommen, den Jugendwahlkampf aufzubauen. Daran werden wir uns aktiv beteiligen. In Abhängigkeit der Themen und Materialien, die wir aus Berlin bekommen

können, werden wir evaluieren, welche eigenen Akzente wir in Sachsen im Wahlkampf, hier vor Ort, setzen wollen. Wir werden daher einfordern, dass der Jugendwahlkampf in Sachsen in die Zuständigkeit der Jusos fällt. Dazu gehört, dass sich der Landesvorstand frühzeitig mit Vertreter_innen der Bundesebene in Verbindung setzt, um mit ihnen über gemeinsame Wahlkampfschwerpunkte zu beraten. Die Unterbezirke werden daraufhin frühzeitig über die jeweils neuen Entwicklungen informiert und gemeinsam wird über eigenständige Aktionen beraten.

Um einen effektiven Wahlkampf für die jungen Wählerinnen und Wähler in unserem Land führen zu können, brauchen wir eine geeignete Infrastruktur. Der Landesvorstand wird sich dafür einsetzen, dass wir mindestens eine Stelle in der Landesgeschäftsstelle erhalten, die sich für die Koordination des Jugendwahlkampfes einsetzt. Darüber hinaus wollen wir unsere Kampagne zur Bundestagswahl mit einem eigenen Aktionsbus und einem qualifizierten Busteam gestalten, um schnell und dauerhaft einsatzbereit zu sein und wirklich effektiv und inhaltlich junge Menschen ansprechen zu können.

Natürlich ist es uns wichtig, den Wahlkampf nicht bloß aus dem Landesvorstand zu steuern. Das wäre auf Grund der zahlreichen Aufgaben auch nicht möglich. Für uns steht fest, dass es ohne die aktive Mitgliedschaft nicht geht. Deswegen freuen wir uns auf einen regen Austausch, eure Ideen und eure Energie.

5. Unsere Einsatzbereitschaft – Schulungen und Kampagnenfähigkeit

Unabhängig von all den Angeboten der Mutterpartei und der Bundes-Jusos, sowie uns nahestehenden Institutionen, wollen wir vor Ort die Qualifizierung erhöhen und Einsatzbereitschaft wecken. Darüber hinaus müssen wir Ideen vernetzen und liefern um erfolgreiche Aktivitäten vor Ort starten zu können. Dazu werden wir auch im kommenden Jahr wieder Ruf-Seminare anbieten. Jeder Unterbezirk kann sich an den Landesvorstand wenden und nach speziellen Qualifizierungsangeboten fragen. Dabei werden wir sicherstellen, dass die Vergabe möglicher Mittel für alle transparent und vergleichbar erfolgt. Wir werden dann versuchen direkt in den jeweiligen Unterbezirken diese Seminare mit dem gewünschten Schwerpunkt anzubieten.

Der Einsatz von Bussen für die Kandidatinnen und Kandidaten bedarf einer intensiven Auswertung der Erfahrungen der Wahlkämpfe von 2009. Wir werden uns dafür einsetzen, dass konkrete „Richtlinien“ für die Kandidat_innen im Umgang mit den Teams erlassen werden und die Teams im Vorfeld aktionsorientiert und inhaltlich

geschult werden.

Zentrales Ziel ist es, die Kampagnenfähigkeit der Jusos Sachsen zu erhöhen. Dazu wollen wir, neben den dezentralen Ruf-Seminaren, auch bei Landesarbeitskreis-Wochenenden, einen inhaltlichen und einen organisatorischen Part zum Wahlkampf anbieten. Gemeinsam mit den LAKs müssen wir uns die zentralen Themen überlegen, mit denen wir in den Wahlkampf starten wollen. Die LAKs sind die inhaltlichen Säulen des Verbandes, nur gemeinsam mit ihnen können wir fundiert die richtigen Themen setzen und diese erfolgreich nach außen – auch für die SPD – vertreten.

17

Titel:

Wahrung der Grundrechte bei polizeilichen und staatsanwaltlichen Ermittlungen

Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

1) Wir fordern, dass jedes Amtsgericht mit mindestens einer Ermittlungskammer ausgestattet wird. Weiterhin soll bei Ermittlungstechniken, die in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung Unbeteiligter eingreifen (z.B. Lauschangriff, Funkzellenabfrage), sowie bei körperlichen Eingriffen und in Fällen der Aufklärung von Verbrechen i.S.v. § 12 Abs. 1 StGB in Zukunft das Kammerprinzip gelten und statt einer Zeitvorgabe ein angemessener Zeitraum, mindestens 480 Minuten, zur Güterabwägung gegeben werden.

2) Wir fordern das Prinzip der "fruit of the poisonous tree doctrine" aus dem US-Rechtssystem auch in Deutschland zu übernehmen. Dabei sollen sich aus einem strafprozessrechtlichen Beweiserhebungsverbot grundsätzlich auch ein Verwertungsverbot für das Hauptverfahren und ein Verwendungsverbot für das Ermittlungsverfahren ergeben, sodass im Falle einer verbotswidrigen Beweiserhebung auch alle daraus erwachsenden Beweiserhebungen einem Verwertungsverbot unterliegen. Dies soll auch für Beweise aus Ermittlungen von Privatpersonen (z.B. DetektivInnen) gelten. Das Verwertungsverbot kann nicht aufgehoben werden.

3) Wir fordern eine unabhängige Behörde, die die Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft überwacht und auf Anzeige Ermittlungen aufnimmt. Diese Behörde muss vom Strafverfolgungszweig gänzlich unabhängig sein. Um dies sicherzustellen, soll neben einer obligaten räumlichen Trennung grundsätzlich das Vier-Augen-Prinzip gelten, wobei ein Teil des Personals aus ehemaligen PolizistInnen und StaatsanwältInnen und der andere Teil aus ehemaligen RichterInnen und StrafverteidigerInnen bestehen soll. Ehemalige Staatsbedienstete, außer RichterInnen, dürfen nach der Dienstzeit in dieser Behörde nicht zurück in den vorherigen Dienst wechseln. Für Staatsbedienstete soll eine angemessene Karenzzeit von einem Jahr gelten, in denen sie auf die Arbeit vorbereitet werden sollen. Sämtliche Befugnisse der Abteilung Interne Ermittlungen bei der Polizei sollen auf diese neu zu schaffende unabhängige Behörde übertragen werden. Die Behörde soll auf Landes- und Bundesebene eingerichtet werden. Die jeweiligen LeiterInnen und StellvertreterInnen der Behörden sollen durch die Landesparlamente respektive den Bundestag mit 2/3-Mehrheit bestimmt werden. Die LeiterInnen und StellvertreterInnen werden jeweils auf zehn Jahre ohne die Möglichkeit der Wiederwahl bestimmt.

Die einzelnen Behörden müssen jedes Jahr einen Bericht zum Stand ihrer Arbeit erstellen.

4) Wir fordern eine einheitliche Beamtenkennzeichnung, welche sich am aktuellen "Berliner-Modell" orientiert. Dies heißt, dass alle Beamtinnen und Beamten der Polizei grundsätzlich ihren Namen offen sichtbar und permanent an ihrer Dienstkleidung tragen müssen. In begründeten Ausnahmefällen, z.B. bei besondere polizeilichen Zugriffsaktionen kann das offene Tragen des Namens gegen das Tragen einer von drei, der / dem Polizeibeamten konkret zugeordneten, maximal fünfstelligen und leicht zu merkenden Zahlen- und Buchstabenkombinationen, getauscht werden. Unter diese Ausnahme fallen Versammlungen und Aufzüge ausdrücklich nicht. Für das Tragen an der Dienstkleidung gelten ebenfalls die Grundsätze des offenen und permanenten Tragens. Die drei individuellen Zahlen- und Buchstabenkombinationen müssen dem / der Polizeibeamten / Polizeibeamtin klar zugeordnet sein. Wenn eine begründete Ausnahmesituation eintritt, so muss der / die Polizeibeamte / Polizeibeamtin sich im Vorfeld des entsprechenden Dienstbeginns für eine der drei Nummern entscheiden. Dies muss verbindlich und schriftlich festgehalten werden.

5) Wir fordern eine bessere Ausstattung der Gerichte mit Personal- und RichterInnenstellen sowie mehr PolizeibeamtInnen und StaatsanwältInnen.

18

Titel:
Standpunktepapier der Jusos
Sachsen zum Urheberrecht

Der Landesparteitag der SPD Sachsen und der Bundeskongress der Jusos mögen beschließen und an den Bundesparteitag sowie die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

Die folgenden Thesen basieren und sind eine Antwort auf die 12 Thesen der SPD-Bundestagsfraktion (<http://blogs.spdfraktion.de/netzpolitik/2012/05/21/zwolf-thesen-urheberrecht/>).

UrheberInnenrechte im eigenen Gebrauch

Wir fordern die Verankerung der Fair-Use-Regel im UrheberInnenrecht. Fremde Werke sollen in Ausschnitten in eigenen Werken unter Nennung der Quelle auch ohne die Zustimmung des ursprünglichen Urhebers verwendet werden können. Dabei darf das eigene Werk nicht kommerziell verbreitet werden und muss eine ausreichende Schöpfungshöhe erreichen.

Wir fordern eine starke internationale Zusammenarbeit zur Harmonisierung des UrheberInnenrechts, um für VerbraucherInnen und KünstlerInnen die Rechtssicherheit zu erhöhen und klare Rahmenbedingungen für den Vertrieb und die Verteilung von Werken zu schaffen. VerwerterInnen und KünstlerInnen sollen stärker dafür Sorge tragen, dass auch digitale Werke legal zur Verfügung gestellt werden.

Zudem kritisieren wir eine pauschale Ablehnung der Kulturflatrate sowie ähnlicher Systeme und fordern stattdessen eine politische Diskussion auf Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen. Vergleichend können hierfür die Arbeitsweisen der GEMA oder der VG Wort herangezogen werden.

UrheberInnenrecht und Journalismus

Wir wollen den Standpunkt der JournalistInnen gegenüber den Verlagen stärken und wirksame Sanktionen gegen Verlage bei Nichteinhaltung von Verträgen einführen. Ein sogenannter "Total-Buy-Out" von UrheberInnenrechten muss verhindert werden.

Die Freiheit der Presse gebietet es, dass JournalistInnen über die gleichen Möglichkeiten des Informationszugangs verfügen. Deshalb soll das Recht Informationen exklusiv zu verbreiten nur noch mit festgelegtem, kurzfristigem Zeitrahmen abgeschlossen werden dürfen. Für die Verfolgung einer unerlaubten Verwendung von Werken sind bereits ausreichend Mittel vorhanden.

Wir lehnen ein Leistungsschutzrecht für Presseverlage ab. Es muss auch in Zukunft die Möglichkeit gewahrt bleiben, im Netz auf Presse-Artikel zu verweisen und dazu Anrisse und Überschriften aus den Artikeln zu verwenden. Es ist bereits heute technisch möglich, News-Aggregatoren den Zugriff auf eine Website zu verwehren.

UrheberInnenrecht und Gesetz

Die Maßnahmen zur Wahrung der UrheberInnenrechte oder der Verfolgung von UrheberInnenrechtsverletzungen dürfen nicht in die Grundrechte der Menschen eingreifen. Eine Inhaltsfilterung des Internet darf nicht vorgenommen werden. Die StörerInnenhaftung muss abgeschafft werden. Sie ist ein massives Hindernis bei der Entwicklung von offenen Netzwerken in Städten und öffentlichen Gebäuden.

Wir fordern das Löschen von illegalen Inhalten, statt sie zu sperren. Es gibt bereits genügend Möglichkeiten, illegale Inhalte zu löschen. Der Aufbau einer Sperrinfrastruktur ist nicht zielführend, sondern Vorwand für die Ermöglichung von Zensurmaßnahmen. Wir wollen über Ländergrenzen hinweg das Löschen von illegalen Inhalten erleichtern.

UrheberInnenrecht und Forschung

Im Bereich der Forschung und Wissenschaft fordern wir eine Stärkung der UrheberInnen. Hierzu bedarf es eines klar garantierten Zweitverwertungsrechts für AutorInnen. Grundsätzlich bekennen wir uns zum Prinzip von Open Access. Wissenschaftliche Werke, die von der Öffentlichkeit (teil-)finanziert wurden, müssen dieser frei zur Verfügung gestellt werden.

UrheberInnenrecht und verwaiste Werke, bzw. vergriffene Werke

Hat für ein verwaistes Werk eine sorgfältige Suche ergeben, dass einE UrheberIn nicht feststellbar ist, wird das Werk gemeinfrei. Für die Suche sollen die Bibliotheken oder andere vergleichbare wissenschaftliche Einrichtungen verantwortlich sein. Sie können nach eigenem Interesse den Suchauftrag an Verwertungsgesellschaften erteilen. Dabei ist zu beachten, dass die „sorgfältige Suche“ nicht durch unüberwindbare Reglementierungen verhindert wird. Eine Definition der „sorgfältige Suche“ muss daher im Einzelfall erfolgen.

Die Dauer, für die ein Werk nach dem Tod des Urhebers/der Urheberin geschützt ist, soll auf 15 Jahre reduziert werden.

Im Umgang mit vergriffenen Werken sprechen wir uns für eine Regelung auf nationaler Ebene aus, die unabhängig vom Ausgang des Richtlinienverfahrens für verwaiste Werke auf europäischer Ebene erfolgt. Ziel muss es sein, dass auch vergriffene Werke mit bestehendem UrheberInnenrecht digitalisiert für die Bibliotheken zur Verfügung stehen. Hierzu empfehlen wir die Eckpunkte der Deutschen Literaturkonferenz, die von AutorInnen, Verlagen, Verwertungsgesellschaften und Bibliotheken gemeinsam formuliert wurden:

- Einräumung digitaler Rechte für vergriffene Werke, die vor dem 1. Januar 1966 erschienen sind, durch die Rechteinhaber (Autoren und Verlage) an eine Verwertungsgesellschaft
- Lizenzierung der digitalen Bibliotheksnutzungen durch die Verwertungsgesellschaft gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung
- Gesetzliche Vermutungsregelung, um auch die Rechtswahrnehmung für "Außenseiter", die ihre Rechte keiner Verwertungsgesellschaft eingeräumt haben, zu gewährleisten
- Möglichkeit der Rechteinhaber, einer Nutzung durch die Bibliotheken zu widersprechen.

11

Titel:
Steuerfahndung statt
Steuerhinterziehung

Der Landesparteitag der SPD Sachsen und der Bundeskongress der Jusos mögen beschließen und zur Überführung an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

Für uns ist klar, dass wir mehr Geld in den Staatskassen brauchen, um auch mehr Geld für öffentliche Investitionen bereit halten zu können. Dabei gibt es generell zwei Lösungen. Die eine sind Steuererhöhungen. Diese sozialverträglich auszugestalten, so dass nicht der private Konsum einbricht, ist dabei die Herkulesaufgabe. Die zweite Möglichkeit besteht darin, die Steuern auch wirklich einzutreiben, die dem Staat zustehen. Während der Großteil der Menschen sich ehrlich an der Finanzierung des Staates beteiligt, nehmen sich andere heraus und hinterziehen Gelder, die der Gemeinschaft zustehen. Es ist wichtig, dass alle Teile der Bevölkerung ihren gerechten Anteil an der Finanzierung des Staates leisten. Daher ist es wichtig, dass der Staat auch alle Steuern effektiv eintreibt, die ihm zustehen.

Jede Form der Steuerhinterziehung schadet der Gemeinschaft, entweder in Form von höheren Steuern für die ehrlich Zahlenden oder durch geringerer staatliche Aufträge und Beschäftigung, die auch als Dienstleistung allen Bürger_innen zu Gute kommen würden. Wir wollen in einem Staat leben, der gut finanziert ist, um Gutes zu tun und in dem sich jeder Mensch seiner Verantwortung für die Gesellschaft bewusst ist.

Der mit Abstand größte Teil der Einnahmen für den Staat kommt durch die Einkommens- / Lohnsteuer und die Umsatzsteuer zustande. Die großen Summen die von einigen gut verdienenden Menschen und Unternehmen zu zahlen sind, verleiten zum Steuerbetrug. In der Regel lassen sich durch Steuerhinterziehung zugleich Hinterziehung bei den Sozialversicherungen, unzulässig gezahlte Sozialleistungen oder auch kriminelle Geschäfte aufdecken. Gerade deswegen ist eine effiziente Steuerfahndung für unsere Gesellschaft doppelt wichtig.

In ganz Deutschland gibt es 2.600 Steuerfahnder_innen, aber allein 33 mal mehr Steuerberater_innen. Ihre Arbeit lässt sich jedoch kaum voneinander unterscheiden, bis darauf, dass die Steuerfahndung ein bürokratischer Akt ist und das letztendliche Durchgreifen bei aufgespürten Vergehen ebenfalls zeitintensiv ist.

Notwendig für das Eingreifen der Steuerfahndung ist ein Anfangsverdacht, z.B. durch eine Mitteilung des Finanzamtes oder auch durch eine Anzeige in der Bevölkerung. Doch bislang ist es so, dass die Steuerfahndung nicht einmal ansatzweise allen Verdächtigungen nachgehen kann, da sie nicht genügend Personal hat.

Doch warum werden dann nicht mehr Beamt_innen in der Steuerfahndung eingesetzt? Das Problem besteht vor allem in der geringen Korrelation der Profiteure und der Zahlenden. Während die meisten Steuernachzahlungen für den Bund anfallen, tragen

allein die Länder die Kosten für die Fahndung. Ein Land wie Hessen hat also wenig Interesse daran, die eigenen gutverdienenden Menschen und Unternehmen mit übertriebener Steuerfahndung zu ärgern, wenn doch die Erträge zum Großteil an den Bund fließen. Welche Land sollte da ein Interesse haben Gelder für andere einzutreiben und so ggf. Investoren zu vergraulen, auch wenn es betrügerische sind?!

Um das Problem der personellen Situation der Steuerfahndung verbessern zu können, bedarf es einer strukturellen Wende.

Die Jusos Sachsen fordern daher:

- Die Anzahl der Mitarbeiter_innen in der allgemeinen Steuerverwaltung und in der Steuerfahndung muss sich bundesweit deutlich erhöhen. Es müssen in einem angemessenen Zeitraum so viele Fahnder_innen eingesetzt werden, wie es braucht, um alle Anfangsverdächtigungen abarbeiten zu können.
- Um allorts Anreize zu schaffen, die Steuerfahndung auszuweiten, fordern wir Kosten und Erträge der Steuerfahndung zusammen zu fassen. Das kann dadurch geschehen, dass die in einem Land „erwirtschafteten“ Erträge auch teilweise in diesem Land bleiben, unabhängig davon, wem bei rechtmäßiger Abführung der Steuer diese zugeflossen wäre. Auch andere Modelle sind denkbar, solange sie Anreize schaffen, die tatsächliche Zahl an Steuerfahnder_innen bis zu ihrer wirtschaftlichen und ordnungspolitischen Maximalgrenze auszureizen.

I10

Titel:
Arbeiten der wissenschaftlichen
Dienste im Bundestag zugänglich
machen

Die Bundestagsfraktion der SPD möge beschließen:

Alle Arbeiten, die durch die wissenschaftlichen Dienste im Bundestag erstellt werden, sind durch eine geeignete (online) Plattform der Allgemeinheit zugänglich zu machen, wenn durch die Veröffentlichung nicht die Rechte Dritter verletzt werden. Weiter sollen die Arbeiten unter der Lizenz Creative Commons 3.0 (BY-NC-ND) veröffentlichen

werden.

111	Titel: Wir wollen doch nur tanzen	

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Wir fordern die Abschaffung des so genannten Tanzverbotes im Freistaat Sachsen. Dazu ist § 6 des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen (SächsSFG) ersatzlos zu streichen.

13	Titel: Wohnverhältnisse von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern	

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird beauftragt in nachfolgendem Sinne tätig zu werden.

Das Ziel der SPD in Sachsen ist die vollständige dezentrale Unterbringung von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Geduldeten Personen in Sachsen und Deutschland.

Wir fordern daher

1. eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes

und

2. eine Änderung im sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetz

zu 1.)

Das Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) § 53 Absatz (1) Satz 1 wird geändert in:

"Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, sollen in der Regel dezentral untergebracht werden."

zu 2.)

Das sächsische Flüchtlingsaufnahmegesetz (SächsFlüAG) § 3 Absatz (1) wird geändert in:

"Unterbringungseinrichtungen sind:

1. Aufnahmeeinrichtungen nach § 44 Abs. 1 in Verbindung mit § 53 Abs. 1 AsylVfG sowie § 15a Abs. 3 AufenthG,
2. in begründeten Ausnahmefällen Gemeinschaftsunterkünfte"

Die Kommunen müssen die Voraussetzung dafür schaffen, dass dieses Ziel erreicht werden kann. Der Freistaat Sachsen und die Bundesrepublik Deutschland haben die notwendigen finanziellen Mittel für die Umsetzung der neuen gesetzlichen Maßgaben zur Verfügung zu stellen. Zukünftig ist jede Kommune verpflichtet spätestens innerhalb von spätestens sechs Monaten nach Aufnahme eines Asylbewerbers bzw. einer Asylbewerberin sowie deren Familie, eigenen Wohnraum möblierte Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Um soziale Partizipation zu ermöglichen und Teilhabe zu sichern muss der Wohnraum in den Kommunen über das gesamte Stadtgebiet verteilt sein, es darf weder zur Auslagerung in Randbereiche der Kommunen noch zur so genannten „Gettoisierung“ kommen. Die Kommune hat dafür zu sorgen, dass dieses Ziel erreicht wird.

14

Titel:
Wohnen in Asylbewerberheimen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird beauftragt darauf hinzuwirken und im nachfolgenden Sinne initiativ zu werden, dass, solange die grundsätzliche dezentrale Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Geduldeten noch keine geltende Praxis in Sachsen ist, die „Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Mindestempfehlungen zu Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften und zur sozialen Betreuung“ (VwV – Unterbringung und soziale Betreuung) schnellstmöglich und grundlegend reformiert wird.

Insbesondere folgende Punkte sind zu ändern:

- der individuelle Wohnbereich sollte abschließbar und tatsächlich nur individuell zugänglich sein, gemischte Zimmer und Schlafbereiche sollten nur noch die Ausnahme darstellen.
- der individuelle Wohnbereich muss zukünftig statt bisher 6m² 12m² pro Person betragen, die bisherige Kann-Bestimmung sollte in eine zwingende Muss-Bestimmung umgewandelt werden (vgl. Punkt I, Ziffer 3, Punkt a, Unterpunkt aa VwV – Unterbringung und soziale Betreuung).
- Sanitäre Einrichtungen sollten nicht mehr nur ausreichend, sondern zwingend in notwendigem Maß zur Verfügung gestellt werden, d.h. konkret, dass für ein sanitärer Bereich prinzipiell in den individuellen Wohnbereich integriert sein soll und nicht auf die zukünftigen zur Verfügung stehenden 12m² angerechnet werden, sollte dies nicht möglich sein, dann müssen zukünftig pro 5 Bewohner jeweils eine Dusche, ein Waschbecken sowie eine Toilette zur Verfügung stehen, die sanitären Einrichtungen müssen nach Geschlechtern getrennt und abschließbar sein (vgl. Punkt I, Ziffer 3, Punkt b VwV – Unterbringung und soziale Betreuung).
- die soziale Betreuung von in Asylbewerberheimen muss gesichert sein, dabei darf es nicht nur um eine Betreuung der Infrastruktur des Asylbewerberheim gehen, sondern

tatsächliche sozialpädagogische Betreuung, die Möglichkeit auf Weiterbildung und Spracherwerb sowie auf Freizeitaktivitäten muss gesichert werden.

- es muss zukünftig gewährleistet werden, dass in Asylbewerberheimen eine an die Bewohnerzahlen angepasste Anzahl von Freizeiträumen mit der entsprechenden Ausstattung zur Verfügung steht, auch ein nutzbarer Außenbereich muss zur Verfügung stehen
- insgesamt muss darauf hingewirkt werden, dass ein möglichst menschenwürdiges Leben auch in den bisherigen und zukünftigen Asylbewerberheimen möglich ist.
- dazu sind vom Freistaat genügend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Kommunen die ihnen übertragene Aufgabe zum Wohle eines menschenwürdigen Lebens von Asylsuchenden realisieren können.

Die sächsischen Jusos und die sächsische Sozialdemokratie bekennen sich zum Grundsatz der dezentralen Unterbringung von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Geduldeten. Die geforderten Reformen sind vor diesem Hintergrund auch nur notwendige positive Veränderung der momentanen Miss und Zustände und dürfen nur ein Etappenziel sein. Wir wollen menschenwürdige Verhältnisse für Asylbewerberinnen, Asylbewerber und Geduldete schaffen, weswegen die Veränderung der momentanen Zustände in den Asylbewerberheimen sein muss, das Ziel aber weiterhin die dezentrale Unterbringung von allen Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Geduldeten bleibt.

Die grundsätzlichen Ausführungen des sächsischen Ausländerbeauftragten, zusammengefasst im so genannten „HEIM-TÜV 2011“ sind in die Reformation der Verwaltungsvorschrift einzubeziehen.

Die Stadtratsfraktionen werden aufgefordert im Sinne dieser Ausführungen auch in den einzelnen Kommunen aktiv zu werden und die Änderungen in ihre eigenen Verwaltungsvorschriften aufzunehmen.

Der Freistaat Sachsen muss den Kommunen die notwendigen finanziellen Mittel für die Umsetzung dieser Ziele auf der kommunalen Ebene zur Verfügung stellen.

113

Titel:
Wahlfreiheit stärken!
Kirchenaustritt erleichtern

Der Landesparteitag der SPD Sachsen sowie die SPD-Landtagsfraktion im sächsischen Landtag mögen beschließen:

Der Kirchenaustritt gestaltet sich in Deutschland ausgesprochen schwierig. So sind in verschiedenen Bundesländern unterschiedliche Verwaltungsstellen für den Austritt zuständig, außerdem fällt eine Verwaltungsgebühr an. So ist es gerade für Menschen, die auf Grund ihrer Eltern (Taufe als Säugling) Mitglied der Kirche geworden sind, oft ein wahrer Hürdenlauf die Kirche, in die sie so einfach gekommen sind, auch wieder zu verlassen.

Wir fordern daher:

Einen kosten- und gebührenfreien Austritt aus Religionsgemeinschaften bzw. Kirchen.

15

Titel:
Negatives Stimmgewicht
beseitigen – klares
Bundestagswahlrecht schaffen

Die Bundeskonferenz der Jusos möge beschließen und an die Bundestagsfraktion weiterleiten:

Wir fordern, dass unabhängig von einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in den anhängigen Verfahren der Verfassungsbeschwerde (2 BvR 2670/11) sowie der abstrakten Normenkontrolle und Organstreitigkeit (2 BvF 3/11 bzw. 2 BvE 9/11) gegen die Bestimmungen des Bundestagswahlrechts nach dem Neunzehnten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 25. November 2011 (BGBl. I S. 2313) die parlamentarische Initiative ergriffen wird, den Effekt des Negativen Stimmgewichts im Bundestagswahlrecht zu beseitigen.

Dazu sollen die Vorstellungen des SPD-Gesetzentwurfs vom 24. Mai 2011 (BT-Drs. 17/5895) erneut in den Bundestag eingebracht werden, allerdings mit der Änderung, die Feststellung von Überhängen sowie die ggf. notwendige Ausgleichung (§ 4 Abs. 4 Bundeswahlgesetz nach dem Entwurf) bereits unmittelbar nach der Oberverteilung (§ 4 Abs. 2) auf Bundesebene anzuordnen und danach die Unterverteilung (§ 4 Abs. 3).

16

Titel:
Informationelle Selbstbestimmung
– ein Grundrecht

Der Bundeskongress der Jusos und der Landesparteitag der SPD Sachsen mögen beschließen, mit dem Ziel der Weiterleitung an den Bundesparteitag:

Die vom Bundesverfassungsgericht aus dem Grundgesetz abgeleitete festgestellte informationelle Selbstbestimmung soll als eigener Artikel in das Grundgesetz aufgenommen werden.

Ini 1

Titel:
Sozis gegen VDS - Mitgliederbegehren unterstützen!

Die Jusos Sachsen begrüßen die Initiative zu einem Mitgliederbegehren zum Thema Vorratsdatenspeicherung. Wir unterstützen die Forderung nach einer konsequenten Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung durch die SPD. Dem vorgeschlagenen Beschlusstext

„Die SPD lehnt eine verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung (Mindestdatenspeicherung) von Kommunikationsdaten, wie Telefon- und Internetverbindungen sowie Standortdaten, in jeglicher Form ab. Wir setzen uns auf EU-Ebene für eine Änderung der Richtlinie 2006/24/EG ein, um den Datenschutz zu stärken und eine Nicht-Einführung zu ermöglichen.“

der InitiatorInnen Dennis Morhardt und Yasmina Banaszczuk schließen wir uns an.

Die SPD ist die Partei der Freiheit. Als JungsozialistInnen und SozialdemokratInnen lehnen wir die sukzessive Ausweitung exekutiver Zugriffsbefugnisse zu Lasten der Bürgerrechte ab. Das Grundgesetz bietet nach unserer Überzeugung genügend Spielräume für staatliche Gefahrenprävention und Strafverfolgung. Wir fordern die SPD weiterhin auf, bestehende Sicherheitsgesetze auf ihren Nutzen und ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen und zu Gunsten einer Stärkung der Bürgerrechte zu überarbeiten.

G1	Titel: Heute habe ich kein Foto für dich – Für Chancengleichheit im Öffentlichen Dienst	

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD Fraktion im sächsischen Landtag weiterleiten:

Für Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen soll zukünftig ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren angewendet werden. Sobald sich BewerberInnen auf eine ausgeschriebene Stelle bewerben, müssen nicht relevante Merkmale unkenntlich sein. Folgende Merkmale müssen unkenntlich sein: Name, ethnische Herkunft, Geschlecht, Religion und Weltanschauung, Alter, sexuelle Identität. Zudem muss auf Bewerbungsfotos verzichtet werden.

Um die Anonymisierung zu gewährleisten, kann man aus einem der drei folgenden Verfahren wählen:

- a**nonymisierte Online-Bewerbungsbögen, die passgenau die Kompetenzen, Qualifikationen und Motivation erfassen, die für die ArbeitgeberInnen wichtig sind,
- e**inheitliche, anonymisierte Bewerbungsformulare, die Bewerberinnen und Bewerber per Download, E-Mail oder Post erhalten und ausgefüllt zurückschicken und
- d**ie nachträgliche Anonymisierung der herkömmlichen Bewerbungsunterlagen (durch Schwärzen oder Übertragen von Daten).

UV1

Titel:

Immer breiter, immer schneller? Für eine sächsische Straßenbaupolitik mit Augenmaß

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Wir sprechen uns für die kritische und ergebnisoffene Prüfung aller Straßenbauprojekte des Freistaats Sachsen aus. Bisher geplante Neu- und Ausbauprojekte sind auf ihre Berechtigung zu überprüfen. Insbesondere sind die den Bauvorhaben zugrundeliegenden Verkehrsprognosen kritisch zu hinterfragen und der zukünftigen demographischen bzw. wirtschaftlichen Situation anzupassen. Überholte Prognosen aus den neunziger Jahren dürfen in Zukunft nicht mehr die Grundlage für finanziell, als auch umweltpolitisch durchaus problematische Bauvorhaben darstellen. Vielmehr muss der Fokus der sächsischen Straßenbaupolitik in Zukunft auf der Erhaltung des Bestandsnetzes liegen. Hier ist in den letzten Jahren ein erheblicher Sanierungsstau entstanden, der eine Umschichtung der Mittel nahezu zwingend nötig macht.

Weiterhin muss sich der Freistaat Sachsen auch klar zum Ziel der Verkehrsverlagerung bekennen: Anstatt den Straßenausbau als alleinige Option zur Lösung von Verkehrsproblemen anzusehen, sind auch alternative Maßnahmen zwingend geboten: Dazu gehören insbesondere vermehrte Investitionen in den Öffentlichen Nahverkehr, eine verkehrsvermeidende Raumplanung und der systematische Ausbau des Schienengüterverkehrs.

„Dementsprechend lehnen wir den Landesverkehrsplan „Sachsen 2025“ in seiner derzeitigen Form ab, da er die straßenfixierte und von unrealistischen Prognosen geprägte Verkehrspolitik in Sachsen weiter zementiert.“

UV6

Titel:

Gentechnikfreie Landwirtschaft

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag der SPD und den Bundeskongress der Jusos weiterleiten:

Gentechnikfreie Landwirtschaft

Die Jusos Sachsen fordern:

- Die Ausbringung gentechnisch veränderter Organismen ist abzulehnen und sollte schnellstmöglich verboten werden. Freiversuche sind nicht mehr zuzulassen.
- Patente auf das Erbgut von Lebewesen darf es nicht geben.
- LandwirtInnen müssen ihr eigenes Saatgut produzieren dürfen.
- Solange es gentechnisch veränderte Lebensmittel gibt, müssen diese für die VerbraucherInnen deutlich gekennzeichnet werden, auch wenn es sich um tierische Produkte handelt, die unter Einsatz gentechnisch veränderter Futtermittel entstanden sind.

UV3	Titel: Energieeffizienzklassen für Personenkraftwagen, wenn dann richtig	

Der Landesparteitag der SPD Sachsen und der Bundeskongress der Jusos mögen beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

Energieeffizienzklassen für Personenkraftwagen, wenn dann richtig

Die Energieeffizienz eines Gerätes ist ein Maß für den Energieaufwand, der notwendig ist, um eine Leistung bzw. einen gewünschten Nutzen zu erreichen. Kann dieser Nutzen mit minimalem Energieaufwand erreicht werden, ist das Gerät energieeffizient, bzw. ökonomisch.

Ein Kühlschrank zum Beispiel ist dann energieeffizient, wenn er abhängig vom nutzbaren Volumen (Nutzinhalt) um Lebensmittel zu kühlen, möglichst wenig Energie benötigt. Ein Fernseher ist dann energieeffizient, wenn dieser abhängig von der zur Verfügung gestellten nutzbaren Bildfläche möglichst wenig Energie verbraucht. Waschmaschinen sind dann energieeffizient, wenn sie pro Kilogramm Wäsche ein Minimum an Energie benötigen.

Um den/die Verbraucher/in über die Energieeffizienz aktueller Geräte zu informieren und bei einer Kaufentscheidung zugunsten eines möglichst umweltfreundlichen und Ressourcen schonenden Geräts zu unterstützen, werden u. A. wie bereits erwähnt Kühlschränke, Fernseher und Waschmaschinen, aber auch Geschirrspüler, Lampen und Backöfen in Energieeffizienzklassen eingeteilt und mit einem entsprechenden Label versehen.

Seit dem 1. Dezember 2011 müssen zum Verkauf oder Leasing angebotene PKWs laut PKW-Energieverbrauchskennzeichnung (Pkw-EnVKV) ebenfalls mit einem Label gekennzeichnet werden, welches dessen Energieeffizienzklasse anzeigt.

Da es sich bei einem PKW um ein Mittel zur Fortbewegung bzw. zum Personen-Transport handelt, wäre analog zu der bisherigen Vorgehensweise bei anderen elektronischen Geräten eine Einteilung in die Energieeffizienzklassen anhand des durchschnittlichen Kraftstoffverbrauchs (bzw. dem dazu proportionalen CO₂-Ausstoß) in Abhängigkeit von der Transportkapazität zu erwarten.

Laut Pkw-EnVKV wird die Energieeffizienzklasse jedoch durch den CO₂-Ausstoß in Abhängigkeit vom Fahrzeug-Leergewicht berechnet. Dies führt dazu, dass schwere PKWs bei der Einteilung in Energieeffizienzklassen übervorteilt werden, ohne einen höheren Nutzen für den Personen-Transport zu besitzen. So wird zum Beispiel ein Porsche Cayenne S-Hybrid (5 Sitzplätze) mit einem CO₂-Ausstoß von 193g/km und einer Masse von 2,3 Tonnen in die Energieeffizienzklasse B eingestuft, während ein Skoda Fabia 1,2 l Green tec (5 Sitzplätze) mit einem CO₂-Ausstoß von 119 g/km und einem Gewicht von 1,1 Tonnen nur die Energieeffizienzklasse C erhält. [1]

Ein/e potentielle/r Neuwagen-Käufer/in kann durch diesen Umstand zu der Überzeugung gelangen, dass der Porsche das energieeffizientere und somit umweltfreundlichere Fahrzeug wäre, obwohl dieser bei gleichem Nutzen fast 40 % mehr CO₂ ausstößt, bzw. Kraftstoff verbraucht.

Die SPD Sachsen fordert daher:

- Die PKW-Energieverbrauchskennzeichnung (Pkw-EnVKV) ist dahingehend zu korrigieren, dass die Einteilung von Pkws in Energieeffizienzklassen in Zukunft ausgehend vom CO₂-Ausstoß (bei Pkws mit Verbrennungsmotoren) in Abhängigkeit von der für den Personentransport nutzbaren Fläche eines Pkws durchgeführt wird.

Quellen:

[\[1\] DAT Deutsche Automobil Treuhand GmbH: „Leitfaden über den Kraftstoffverbrauch, die CO₂-Emissionen und den Stromverbrauch aller neuen PKW-Modelle, die in Deutschland zum Verkauf angeboten werden“, 2. Quartal 2012](#)

UV5**Titel:**
EU-Exportsubventionen streichen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

EU-Exportsubventionen streichen

Die SPD Sachsen fordert eine deutliche Reduzierung der Agrarsubventionen aus EU-Mitteln. Statt Massenproduktion soll künftig in erster Linie ökologische Landwirtschaft gefördert werden. Die Preise der exportierten Güter müssen stets ein realistisches Abbild der Produktionskosten darstellen und dürfen nicht durch Dumpingprodukte aus Entwicklungs- und Schwellenländern benachteiligen.

WiSo2**Titel:**
Nachhaltiges Wachstum für Europa

Die letzten Monate haben gezeigt, dass eine reine Austeritätspolitik nicht der Weg aus der Krise sein kann. Statt die Haushalte zu sanieren, hat das Sparen letztlich nur zu noch größeren Defiziten geführt. Gleichzeitig verlieren die Menschen ihr Vertrauen in Politik. Es ist der Bevölkerung nicht zu vermitteln, warum gleichzeitig Geld für Bankenrettung vorhanden ist, aber an sozialen Leistungen gekürzt wird.

Der Preis für diese Politik ist eine verlorene Generation. In den Krisenländern haben oft mehr als die Hälfte der Jugendlichen keine Arbeit. Ihre Qualifikation wird nicht genutzt, sie erfahren keine Wertschätzung und können sich keine eigene Existenz aufbauen. Es ist die wichtigste Aufgabe der europäischen Union gegen diese Perspektivlosigkeit zu kämpfen.

Woher kommt das Geld?

1. Höhere Steueraufkommen durch eine dynamische Harmonisierung der EU-Steuersysteme auf hohem Niveau. Dazu müssen die Bemessungsgrundlage und Mindestsätze auf Unternehmenssteuern und Vermögenssteuern sowie ggf. Einkommenssteuern vereinheitlicht werden.
2. Über höhere Mittelzuweisungen an den EU-Haushalt muss die Finanzkraft der fiskalischen Zentrale gestärkt werden.
3. In den Fonds der EU liegen umfangreiche Mittel, die derzeit nicht genutzt werden. Der mehrjährige Finanzrahmen, der 2013 ausläuft, beinhaltet in den Struktur- und Sozialfonds noch mehr als 200 Mrd. €, die nicht verbraucht sind. Werden diese Mittel nicht ausgeschöpft, fließen sie anteilig zurück an die Mitgliedsländer. Wir fordern stattdessen, die Ausschöpfung zu forcieren um nachhaltiges Wachstum zu schaffen. Dazu wollen wir
 - a. die Regeln zur Kofinanzierung sollten gelockert werden. Auch wenn die einzelnen Staaten kein Geld zuschießen können, müssen sie die Möglichkeit haben, Fördermittel einzusetzen.
 - b. Außerdem muss der administrative Zugang erleichtert werden. Gegeben falls sollte es dazu in den Krisenländern auch Beratungen durch die EU vor Ort geben. Auch eine kontinuierliche Begleitung der geförderten Projekte halten wir für sinnvoll.
 - c. Die bisherige Praxis der Vorfinanzierung durch die Mitgliedsstaaten sollte zeitlich begrenzt aufgehoben werden. Stattdessen sollten die Mittel unmittelbar ausgezahlt werden.
4. Eine weitere Finanzierungsquelle ist für uns das Aufkommen einer europaweiten Finanztransaktionssteuer. Die deutsche Regierung muss sich für eine Einführung innerhalb der gesamten EU einsetzen. Für den Fall einer Blockade muss die Einführung innerhalb der Eurozone oder mindestens im Verfahren verstärkter Zusammenarbeit durch eine Vorreiterkoalition durchgesetzt werden.

5. Durch eine Stärkung der EIB (Europäische Investitionsbank) können weitere Mittel akquiriert werden. Hierfür muss das Stammkapital signifikant erhöht werden. Die so eingesetzten Mittel können um ein Vielfaches gehebelt und als Kredite ausgegeben werden. So kann auch privates Kapital in wachstumsfördernde Projekte fließen.
6. Auch der Einsatz von Projektanleihen ist für uns ein sinnvolles Instrument. Die finanzielle Unterstützung von Projekten, die nachhaltiges Wachstum generieren, soll auch durch privates Kapital erfolgen. Um dieses Engagement zu forcieren, sind europäische Garantien nötig. Ebenfalls soll die Beteiligung der EIB an Projektanleihen ermöglicht werden.
7. Abschließend ist es für uns Jusos wichtig, die etablierte Förderpraxis auf den Prüfstand zu stellen. Insbesondere die hohen Agrarsubventionen sollten dringend reformiert werden. Statt Massentierhaltung zu subventionieren, sollten die Mittel lieber für nachhaltiges Wachstum in Europa eingesetzt werden.

Wohin soll das Geld gehen?

Die Jusos Sachsen glauben, dass die bisherige Förderpraxis, die sich in erster Linie an Agrarindustrie und physische Infrastruktur richtete, überholt ist. Was Europa jetzt braucht, ist die Investition in ihre Menschen, also in erster Linie in Bildung. Aber auch die Energiewende, der demographische Wandel und der Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur sind für uns effektive Förderziele. Flankierend muss der Strukturwandel in der Industrie sowie die Effizienzsteigerung in der Verwaltung gefördert werden. Im Einzelnen heißt das für uns:

1. Grundlage für nachhaltiges Wachstum ist ein stabiler Bankensektor. Dafür bedarf es eines strikten Trennbankensystems. Die Kontrolle darüber soll Aufgabe einer geeigneten europäischen Behörde sein, welche auch mit den nötigen Durchgriffsrechten ausgestattet werden muss.
2. Bildung sowie Aus- und Weiterbildungsgarantie – Die gute Ausbildung der Bevölkerung ist der Standortvorteil Europas. Um weiterhin wettbewerbsfähig zu sein, sollte in ganz Europa die Bildung vom Kindergarten bis zur Universität kostenlos auf einem hohen Niveau angeboten werden. Auch im Laufe des Arbeitslebens muss es für die Menschen die Möglichkeit geben, sich an veränderte Herausforderungen im Arbeitsleben durch Weiterbildung anpassen zu können.

Für die jungen Menschen, die trotz Ausbildung derzeit arbeits- und perspektivlos sind, muss die Möglichkeit einer sinnvollen Weiterbildung angeboten werden. Für Jugendliche ohne Abschluss sollte es, idealerweise nach dem Vorbild der dualen Ausbildung, die Chance auf umfassende Qualifizierung

geben. Die Mittel für die Etablierung von Berufsschulen und die Entlohnung in den jeweiligen Ausbildungsbetrieben kann zeitweilig aus den obengenannten Töpfen kommen. Die Abwanderung von gut ausgebildeten Menschen kann nicht das Ziel einer solchen Qualifizierung sein. Vielmehr braucht ein Land gut qualifizierte Arbeitskräfte um den regionalen Aufschwung zu schaffen. Nichtsdestotrotz bleiben die Grenzen offen für alle und damit die Möglichkeiten sich im Ausland weiterzuqualifizieren und zu arbeiten.

3. Eine solide Wirtschaft muss auf einem breiten Fundament stehen. Jede Region in Europa hat individuelle strukturelle Vorteile, die es zu fördern gilt. Wir wollen gleichmäßig starke Volkswirtschaften in Europa mit vielen Wirtschaftsbereichen, die jeweils regionale Stärken nutzen. Landwirtschaft und Autobau, Pharmazie und Finanzdienstleistungen und viele weitere Wirtschaftszweige gehören zu einer starken europäischen Wirtschaft. Jedoch sind regionale Bündelungen, wie sie bspw. bereits im Autobau zu finden sind, sinnvoll. Wichtig ist daher nur die Förderung von Zukunftsperspektiven bisher schwächer entwickelter Regionen. Dafür bedarf es der Entwicklung sinnvoller, mit der jeweiligen Region abgestimmter, Cluster. Deren Förderung kann aus den oben genannten Mitteln erfolgen.

Aber überall in Europa verursacht der demografische Wandel veränderte Lebens- und Arbeitsbedingungen. Eine Stärkung der gesundheitlichen Vorsorge und Infrastruktur ist notwendig, um den Menschen während und nach ihrer Erwerbstätigkeit ein gutes Leben zu ermöglichen. Der gesellschaftliche Wandel und die Zunahme älterer Menschen, bedingt durch bessere medizinische Versorgung, stellt Europa vor eine lösbare Herausforderung. Der Ausbau der physischen und personellen Gesundheitsinfrastruktur sollte ein Ziel europäischer Investitionen sein.

4. Kommunikationsinfrastruktur – Um der digitalen Spaltung der Gesellschaft in Deutschland und ganz Europa vorzubeugen, sollte der Ausbau der Breitbandversorgung vorangetrieben werden. Die Mittel dafür sind nicht nur während der unmittelbaren Ausbaumaßnahmen wachstumsfördernd, sondern unterstützen auch langfristig die Ansiedlung von Unternehmen in bisher nicht angebundenen Bereichen. Außerdem wird sichergestellt, dass auch Menschen in ländlichen Räumen Anschluss an die digitale Gesellschaft finden.
5. Neben der Schuldenkrise ist Energiewende eine der großen Herausforderungen in Europa. Eine tragfähige Energieinfrastruktur ist der Grundpfeiler einer künftigen Wirtschaftswachstums. Dazu wird Strom gebraucht, der sozial, sicher und nachhaltig ist. Das soll heißen, dass der Strom bezahlbar bleiben muss, in allen Regionen ausreichend zur Verfügung stehen soll und langfristig unabhängig von endlichen fossilen und nuklearen Energieträgern. Grundsätzlich bedarf es dafür den europaweiten Ausbau von Erneuerbaren Energien von den Windkraftanlagen im Norden, den Sonnenkollektoren im Süden und den Pumpspeicherkraftwerken in den

Gebirgen, verbunden durch transeuropäische Netze. Wobei eine europäische Planung und Steuerung wichtig ist und die Verhinderungen nationaler oder regionaler Monopole. Forschung und Entwicklung, der Ausbau und das Betreiben von erneuerbaren Energieträgern sind wichtig für nachhaltiges ökologisches Wachstum, hohe Beschäftigung und eine zukunftsorientierte Wirtschaft mit guten Arbeitsmarktchancen für Menschen in ganz Europa.

6. Die nationalen Staaten Europas haben nicht nur unterschiedliche Verwaltungsorganisationen sondern auch unterschiedliche personelle und technische Ausstattung. Unabhängig davon, wie die Verwaltung organisiert ist, ist eine effiziente Arbeit der Bürokratie notwendig um zum einen den schnellen Ausbau der Wirtschaft vollziehen zu können, zum anderen um langfristig einen starken Staat zu ermöglichen, der in der Lage ist, die ihm zustehenden Mittel zu beschaffen und zu verteilen. Dazu ist es wichtig, dass die Beamte voneinander lernen können und gute Ideen leicht transferiert und implementiert werden können in der Verwaltung. Kein Land Europas kann sich eine starre Bürokratie leisten. Der Austausch von Beamten ist daher eine Säule die gefördert werden sollte, wie auch Effizienzprogramme und Ideenförderung in der Verwaltung.

Ini2

Titel:
Änderungsantrag zur Statutenänderung
des SPD Landesvorstands

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Streiche in § 11 Wahlen und Quotierung Absatz 3 wie folgt:

~~(4) Die Vorstände und Gremien [...] Mehrpersonengremium. Bei der Aufstellung von Listen die beiden ersten Listenplätzen mit Personen verschiedenen Geschlechts besetzt sein. Ab Listenplatz 4 muss stets die Quotierung, also die Berücksichtigung jedes Geschlechts zu mindestens 40 Prozent eingehalten sein, solange Kandidatinnen und Kandidaten ausreichend vorhanden sind.~~

Ergänze § 11 Wahlen und Quotierung Absatz 4 wie folgt:

~~(4)~~ Für die Wahl zum Sächsischen Landtag, dem deutschen Bundestag und zum Europaparlament wird die angemessene Vertretung von Frauen und Männern durch

die Aufstellung der Landeslisten gesichert. Die Aufstellung der Landeslisten erfolgt alternierend; entsprechend den Vorschriften im § 4, Absatz 2 und Absatz 3 Wahlordnung der SPD.

B2	Titel: Ausfallstatistiken sind kein Sudoku – Stundenausfall richtig dokumentieren	

Die SPD Landtagsfraktion im sächsischen Landtag möge beschließen:

Das Sächsische Kultusministerium soll verpflichtet werden, die Kriterien für die Erhebung der Stundenausfallstatistik an sächsischen Schulen dahingehend zu ändern, dass die Ausfallzahlen den Realitäten entsprechen. Unterrichtsausfall ist, wenn eine Unterrichtsstunde eines Faches von keiner Lehrkraft mit der Lehrbefähigung für dieses Unterrichtsfach durchgeführt werden kann.

B3	Titel: Gleichberechtigung von Schülerinnen und Schülern von Schulen in Freier Trägerschaft	

Die SPD-Landtagsfraktion im sächsischen Landtag möge beschließen:

Schülervertreterinnen und Schülervertreter von Schulen in Freier Trägerschaft müssen sowohl aktives, als auch passives Wahlrecht in den Schülervertretungsgremien des Freistaates Sachsen erhalten. Auf die Änderung der Sächsischen Schülermitwirkungsverordnung ist hinzuwirken.

E2

Titel:

Die Grenzen bleiben offen! Für Schengen

Die Reisefreiheit ist ein fester Bestandteil für uns in Europa und der europäischen Identität. Eine Abkehr davon darf es nicht geben, ein Rückfall zu nationalen Egoismen ist riskant und bedenklich. Der freie Personenverkehr innerhalb Europas fördert das Gleichheitsgefühl, welches gerade jetzt zu Krisenzeiten eine wichtige Facette für Solidarität und Verantwortung ist.

Die Argumentation von Bundesinnenminister Friedrich, dass wenn die Standards für den Schutz der Außengrenzen nicht eingehalten würden, dies die innere Sicherheit gefährde und dass dies ein Teil nationaler Souveränität sei, teilen wir nicht. Es ist für uns Jusos unverständlich, wie man Menschen, die zu uns flüchten, als Gefahr ansehen kann.

Wir fordern alle Beteiligten auf, sich in der EU für die Reisefreiheit einzusetzen und Ausnahmeregelungen abzuschaffen.